

# I. Die Transformation im Allgemeinen

## 1. Begriffe der Transformation

Was die Begriffe der Transformation angeht, so lässt sie sich in zwei Bereichen unterteilen, nämlich in die ökonomische und gesellschaftspolitische Transformation. Im folgenden wird zuerst die ökonomische und danach die gesellschaftspolitische Transformation erklärt.

Über die ökonomische Transformation gibt es je nach Autoren unterschiedliche begriffliche Auffassungen, von denen einige hier vorgestellt werden.

Unter dem alten Begriff „Transformation“, den Bucharin<sup>1</sup> im sozialökonomischen Sinne verwendete, versteht man die allgemeine Theorie des Transformationsprozesses als den Prozess der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die kommunistische Gesellschaft. Für diese Transformation wird der vollständige politische und ökonomische Zusammenbruch der alten Gesellschaft vorausgesetzt.

Sein Terminus bezieht sich auf den marxistischen Terminus „Periode der revolutionären Umwandlung, Übergangsperiode und Gesellschaftstransformation“, wobei gleichzeitig die Vorstellung der Dominanz dieses oder jenes Bereichs eine Rolle spielt. Nach Bucharins Auffassung wird die Transformation nicht auf isolierte Merkmale oder Bereiche beschränkt, sondern sie wird als eine Interdependenz verschiedener Bereiche gesehen.

In den Gesellschafts- und insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften wird von Transformation einer Wirtschaftsordnung oder eines Wirtschaftssystems dann gesprochen, wenn das bisherige System nicht in die gleiche oder eine andere Form übertragen, sondern wenn es total zerstört wird und dann etwas anderes entsteht, das mit dem alten nichts gemeinsam hat.

Nach Klotten<sup>2</sup> ist die Transformation von Wirtschaftssystemen „jener durch politischen Gestaltungswillen und politisches Handeln ausgelöste Prozess (...), der durch eine Substitution gegebener ordnungskonstituierender Merkmale durch andere einen ‘qualitativen’ Sprung derart bewirkt, dass es zu einer Ablösung des alten Systems durch ein neues kommt“. Mit dieser Definition werden zum einen evolutorische Prozesse ausgeschlossen, bei denen eine politische Reaktion auf eigendynamische, systemimmanente Suchprozesse erfolgt, zum anderen

---

<sup>1</sup> Bucharin, N (1920, 1922, 1989) : Ökonomik der Transformationsperiode, Hamburg :Verlag der kommunistischen Internationale 1922, russ.: Ekonomika perechodnogo perioda. Moskava: GOSIZDAT, 1920, Nachdruck verschiedener Kapitel in : Bucharin, N.L. : Problemy teorii i praktiki sozializma. Moskava: politizdat.

<sup>2</sup> Klotten, N. (1991), S. 8.

Änderungen einzelner konstituierender Elemente, die das bestehende System zwar reformieren aber nicht grundlegend ändern.<sup>3</sup>

Schüller<sup>4</sup> bezeichnet im letztgenannten Sinne Reformen als Korrekturen von Ordnungsreformen innerhalb eines bestehenden Wirtschaftsordnungstyps,<sup>5</sup> während eine Transformation den Übergang von einem Typ zu einem anderen impliziert.

Im Vergleich dazu beruht die Transformation in heutiger Anwendung auf der ordnungstheoretischen Arbeit von Eucken, der eine ORDO-Idee in den 40er Jahren konzipiert hat. Die aus ihr entstandene Freiburger Schule bildet die offizielle Staatstheorie der Aufbauphase der Bundesrepublik.

Eucken geht von konkreteren ökonomischen Marktformen aus, dehnt jedoch seine Betrachtung der Transformation über den ökonomischen Bereich auf Zusammenhänge gesellschaftlicher Bereiche aus. Er drückt die Entwicklung bzw. Umwandlung der Marktformen vom Nachfragemonopol zur vollständigen Konkurrenz, die Tendenz zur staatlichen Intervention und zur zentralen staatlichen Lenkung<sup>6</sup> sowie den Übergang vom Privat- zum Kollektiveigentum als Transformation<sup>7</sup> aus.

Die Wirtschaftsordnung unterteilt Eucken in die freie „Verkehrswirtschaft“ und „zentralgeleitete Verwaltungswirtschaft“. Bei der zentralgeleiteten Verwaltungswirtschaft unterscheidet er einen Typus mit Privateigentum und einen mit Kollektiveigentum an Produktionsmitteln.<sup>8</sup>

Seine ordnungstheoretische Hypothese ist, wie mehrere Autoren die Interdependenz der verschiedenen Bereiche bezeichnet hatten, kein eingeschränkter ökonomischer, sondern Staatsverfassung, Wirtschaftsverfassung und Gesellschaftsordnung. Weiterhin interessiert er sich für den Zusammenhang von Wirtschaftsordnung und sozialer Frage.

Unter der Verkehrswirtschaft, die durch Märkte koordiniert wird, als Alternative zur Zentralverwaltungswirtschaft, wird die Wettbewerbsordnung in den Vordergrund gestellt, in der die Marktform vollständiger Konkurrenz dominiert. Von diesen normativen Prinzipien als ORDO-Idee wird ausgegangen, dass die unterschiedlichen Situationen der einzelnen Länder zu berücksichtigen sind. Diese konstituierenden und regulierenden Prinzipien können in unterschiedlichen Situationen der Transformationsländern zu Rate gezogen werden. Dabei resultie-

---

<sup>3</sup> Vgl. Kloten, N. (1991), S. 7.

<sup>4</sup> Schüller, A. (1990)

<sup>5</sup> Schüller unterscheidet sich wiederum hier: a) die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, b) die sozialistische Marktwirtschaft staatssozialistischen Typs und c) Marktwirtschaft als dezentralisierte Wirtschaftsplanung in mehreren Varianten.

<sup>6</sup> Eucken, W. (1952), S. 46.

<sup>7</sup> Ebd. S. 106.

<sup>8</sup> Ebd. S. 23.

ren eine Reihe von unbedingt zu erfüllenden Voraussetzungen<sup>9</sup> für die Marktwirtschaft, die im folgenden beschrieben sind :

- Die Gewährung individueller Handlungs- und Verfügungsrechte (oder Eigentumsrechte) als Kern einer Privatrechtsordnung
- Dezentralisierung und Entflechtung von Staatsbetrieben
- Formen einer Überführung von Eigentum aus Staatshand in private Hände
- eine Neuordnung des Bankwesens mit strikter Trennung zwischen Notenbank und - untereinander konkurrierenden - Geschäftsbanken
- Eine umfassende Restrukturierung der staatlichen Haushaltsführung und des Systems an Abgaben
- Der Verzicht auf die bislang übliche systematische Anführung monetärer Mittel an staatliche Fonds zugunsten eigenverantwortlicher finanzieller Disposition der Unternehmen bei gleichzeitiger regulärer Erhebung von Steuern
- Eine adäquate Öffnung der Märkte nach Außen auf der Basis konformer Wechselkurse.

Unter den ökonomischen Auffassungen wird heutzutage umfassende Definition vorgeschlagen.

Unter einer Transformation der Wirtschaftsordnung soll jede Substitution von - auch einzelnen - ordnungskonstituierenden Merkmalen durch andere verstanden werden, durch die die alte (Teil-)Ordnung durch eine neue abgelöst wird. Dabei sollte das Ziel einer vollständigen Transformation hin zur Marktwirtschaft zumindest erkennbar sein.<sup>10</sup>

Im Vergleich zum Begriff ökonomischer Transformation können die Entwicklungsetappen und -phase als die gesellschaftspolitische Transformation bezeichnet werden, die zwischen dem Zusammenbruch oder Sturz eines Regimes und der dauerhaften Etablierung einer neuen politischen Ordnung liegt. O'Donnell/Schmitter<sup>11</sup> sprechen von *Transition* als dem Intervall zwischen einem politischen Regime und einem anderen. Unter diesen Umständen halten die beiden Autoren das Regime für ein Ensemble von expliziten oder impliziten Patterns (Mustern), die die Formen und Kanäle des Zugangs zu wichtigen gouvernementalen Positionen bestimmen, die Charakteristika der Akteure, die von diesem Zugang ausgeschlossen sind oder die ihn haben und die Ressourcen oder Strategien, die sie benutzen können, um Zugang zu erlangen. Um wirksam zu werden, müssen die Muster, die ein bestehendes Regime definieren,

---

<sup>9</sup> Kloten, N. (1991), S. 26.

<sup>10</sup> Bohnet, A./ Ohly, C. (1992), S. 28.

habituell bekannt, praktiziert und akzeptiert sein, zumindest bei denen, die diese Muster als Teilnehmer an diesen Prozess definieren.<sup>12</sup>

Nach Gläßner können als Regime formale oder informelle Organisationen im Zentrum der politischen Macht und ihre Beziehungen zur Gesellschaft verstanden werden. Sie entscheiden darüber, wer Zugang zur politischen Macht hat und welche Regeln im Umgang mit jenen herrschen, die keine Macht besitzen. Anders als im Bereich der internationalen Beziehungen, wo „Regime“ als Prinzipien, Normen, Regeln und Prozeduren der Entscheidungsfindung verstanden werden, auf die sich Akteure in einem bestimmten Zusammenhang einigen, hat der Begriff in bezug auf die politische Ordnungen eine pejorative Bedeutung : Er steht für undemokratische, autoritäre, militärische oder totalitäre Formen der Herrschaft durch eine eingegrenzte, nicht legitimierte soziale Gruppe.<sup>13</sup> Die Regimezusammenbrüche in den ehemals kommunistischen Ländern haben die Debatte über die Ursachen und Folgen von Regime-wechseln erneut belebt.

Die gesellschaftspolitische Transformation, die sich von einem Punkt zu einem anderen bewegt, kam weder allein aus dem System heraus noch war sie allein Folge steigenden gesellschaftlichen Drucks, der angesichts des Erfolgs oppositioneller Bewegungen in einem Land die Ereignisse im nächsten noch beschleunigt. Die Akzeleration der Ereignisse resultierte aus dem Zusammenspiel zwischen verschiedenen Akteuren. Bei der gesellschaftspolitischen Transformation muss der Zielpunkt allenfalls normativ bestimmt werden. Als normatives Ziel kann die „*transition to democracy*“ verstanden werden. Die „*transition to democracy*“ oder Demokratisierung kann nicht am Anfang der gesellschaftspolitischen Transformation stehen, sondern wäre das Ergebnis individueller und kollektiver Erfahrungen in einer funktionierenden demokratischen politischen Kultur. Nicht nur die kurzfristige rationale Entscheidung für eine Begrenzung der sozialen und politischen Konflikte gefährdet daher die langfristige Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur, sondern auch die uneingeschränkte Zuteilung politischer und sozialer Chancen kann die kurzfristige Stabilisierung des neuen demokratischen Institutionssystems gefährden, Unregierbarkeit produzieren und die Hoffnung auf die Demokratie nachhaltig enttäuschen. Dies bewies sich, dass die Völker Osteuropas mögen glauben, dass die Überwindung des sowjetbürokratischen Systems eine Frage der Entmachtung (und Bestrafung) der partei- und Staatsbürokraten sei, also „nur“ eine Frage des Personalwechsels auf den obersten Stufen der gesellschaftlichen Hierarchie.

---

<sup>11</sup> Vgl. O'Donnell/Schmitter, S. 6.

<sup>12</sup> Vgl. Gläßner, G.-J. (1994), S. 126-127.

<sup>13</sup> Ebd. S. 89.

O'Donnell/Schmitter hatten die gesellschaftspolitischen Transformation in zwei Phasen unterschieden. In der ersten geht es um den eigentlichen Regimewechsel und die Etablierung politischer Institutionen und Verfahren sowie die Sicherung formaler Rechte und Obligationen. Diese Phase ist inzwischen in den meisten Ländern mit der Verabschiedung neuer Verfassungen vorläufig abgeschlossen. In der zweiten Phase steht die Gestaltung von sozialen und ökonomischen Bedingungen im Mittelpunkt, die substantielle Verbesserungen für die Bürger bereitstellen und es ihnen ermöglicht, ausgestattet mit gleichen Rechten und Pflichten, zu entscheiden, welche Handlungen und Entscheidungen diese Institutionen unternehmen und treffen sollen. Dieser Prozess dauert an und wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Der Übergang von der ersten zur zweiten Phase ist nicht exakt bestimmbar.

Zusammenfassend wird in der Literatur häufig über Transformation gesprochen, jedoch ohne einen klaren Hinweis darauf zu geben, ob es sich um einen zeitlich und räumlich abgegrenzten Prozess oder um eine allgemeine Umgestaltung oder Umwandlung des traditionellen politischen oder wirtschaftlichen Systems handelt. In diesem Sinne wird die Transformation als eine komplexe und vielschichtige Transformation gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Formen beschrieben. Da die bisherigen Transformationstheorien, die von den neoliberalen Theoretikern abgeleitet wurden, sich auf die Transformation des ökonomischen Systems „Integration in die globale Arbeitsteilung“ konzentrierte,<sup>14</sup> hatten sie die Auffassungen im Sinne der gesellschaftspolitischen Transformation übersehen, wie eine grundlegende gesellschaftliche Frage und die Veränderung des Gesellschaftssystems. Sie wurde nicht vollständig im Rahmen der demokratischen Institutionen oder in völliger Übereinstimmung mit demokratischen Prinzipien und Verfahrensweisen vollzogen. Dadurch hat die Durchführung dieser Strategie weitaus größere Opfer und Schwierigkeiten verursacht.

## **2. Theorieansätze für die Transformation**

Bei der Transformation, im Sinne keiner Übertragung, sondern einer neuen Schöpfung, handelt es sich um die totale Veränderung der konstituierenden Ordnungsformen des gegebenen Wirtschaftssystems. Als solche gelten in der Ordnungstheorie die Planungsformen der Wirtschaftsprozesse, die den Koordinationsmechanismus des Wirtschaftssystems bestimmen, so-

---

<sup>14</sup> Altvater, E. (1998), S., 7-12 : Unter den gegebenen weltgeschichtlichen Umständen bedeutet die Transformation des ökonomischen Systems „Integration in die globale Arbeitsteilung“, und diese Transformation wird in hohem Maße bestimmt durch die Logik und die Macht des globalisierten Kapitals.

wie die Eigentumsformen, die besonders die wirtschaftliche Effizienz beeinflussen. Dezentrale Planungsformen und Marktkoordination der einzelnen Pläne, die sich mit vorwiegend Privateigentum an den Produktionsmitteln verbinden, charakterisieren die marktwirtschaftlichen bzw. die kapitalistischen Wirtschaftssysteme. Im Vergleich dazu sind zentrale Planung des Wirtschaftsprozesse in Verbindung mit Staatseigentum an den Produktionsmitteln die konstituierenden Ordnungsformen in den Zentralverwaltungswirtschaften bzw. in den sozialistischen Wirtschaftssystemen.<sup>15</sup>

Die Ordnungstheorie zielt primär darauf ab, bestehende Ordnungsformen zu analysieren, um damit zu erklären, wie sie entstanden sind, welche Veränderungen sie erfahren und weshalb sie diese oder jene Form angenommen haben, während die Prozesstheorie sich primär auf die Analyse der Abläufe(Prozesse) innerhalb bereits etablierter Ordnungsformen einstellt, um Informationen über ihre Funktionsweise und ihre ökonomische Effizienz zu gewinnen.<sup>16</sup>

Die Zweckmäßigkeit einer ordnungs- und einer prozesstheoretischen Sichtweise mit dem Argument der Interdependenz von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsgeschehen erfordert eine Integration institutioneller und prozessualer Betrachtungsweisen, die für das Entstehen einer Transformationstheorie notwendig sind, um die Entstehung und die Veränderung von Ordnungsformen zu erklären.<sup>17</sup> Das bedeutet, dass die Prozesstheorie zugleich Ordnungstheorie ist, wenn die Prozesstheorie Handlungsbeschränkungen des bestehenden Ordnungsrahmens analysieren kann, die die Aktivitäten der Handelnden in dieser oder jener Richtung beeinträchtigen und sie endlich zu wirtschaftspolitischen Entscheidungen führt, die Veränderung des bestehenden Ordnungsrahmens bewirken.

Um die Entwicklung von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen in den Transformationsokonomien zu suchen, wird der evolutionstheoretische Ansatz eingeführt, der sich für eine objektive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Frage der Entwicklungsprozesse und ihrer Erklärung im gesellschaftlichen Bereich eignet. Unter dem evolutionstheoretischen Ansatz gibt es zwei unterschiedliche Richtungen. Zum einen sind Bewegungen, die gewissen Gesetzmäßigkeiten folgen, in der Geschichte zu erkennen. Daraus wird dann die Schlussfolgerung gezogen, dass das künftige gesellschaftliche Geschehen planbar, prognostizierbar und damit berechenbar sei.<sup>18</sup> Diese Behauptung sieht die Aktivitäten des Menschen primär in seiner Reaktion auf die zwangsläufige Entwicklung, die er aufgrund seiner gewonnenen Erkenntnisse voraussehen und sich dadurch entsprechend anpassen kann.

---

<sup>15</sup> Vgl. Eucken, W. (1940) und Hensel, K. P. (Hrsg.), (1954).

<sup>16</sup> Vgl. Spiridon Paraskewopoulos (1991), S. 6-7

<sup>17</sup> Ebd. S. 6.

<sup>18</sup> Vgl. Marx, K. (1867), S. 15.

Zum anderen führt allein die Freiheit, die das Denken und Wollen der Menschen ermöglicht, dazu, dass die Menschen in der Lage sind, zu planen, Maßstäbe zu setzen, Absichten zu realisieren und damit Gesellschaftsformen zu kreieren und zu gestalten.<sup>19</sup> Diese Ansätze unterscheiden sich in der Bewertung der Rolle des Menschen bei den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen. Diese Ansichten halten in erster Linie den Menschen für den Initiator und Gestalter des gesellschaftlichen Geschehens, das allerdings kaum prognostizierbar ist, da das Denken und Handeln der Menschen aufgrund der jeweils unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Konstellation, in der sich dieses entwickelt, nicht determinierbar ist.<sup>20</sup>

Vor diesem evolutionstheoretischen Hintergrund wird versucht, die wichtigen transformationstheoretischen Ansätzen zu erklären, um die Umwandlung der sozialistischen Länder besser begreifen zu können. Die Transformationstheorien haben die Aufgabe zu verdeutlichen, aus welchen Zwängen, unter welchen Bedingungen, wie und gegebenenfalls wann eine solche Transformation in Frage kommt.

Zum ersten geht es um die ordnungstheoretische Analyse von Marx, die sich auf die Frage der Entstehung von Gesamtordnungen und speziell um die Wirtschaftssysteme bezieht, und es wird versucht, die „Bewegungsgesetze“ zu enthüllen, welche die gesellschaftliche Gesamtentwicklung bestimmen.<sup>21</sup>

In seiner ordnungspolitischen Ansicht findet der Transformationsprozess statt, wenn die herrschenden Produktionsverhältnisse dem historischen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte nicht entsprechen, wobei eine dialektische Wechselwirkung zwischen ihnen besteht. Zu den Produktionsverhältnissen gehört der Beziehungszusammenhang zwischen Menschen und Klassen im ökonomischen Produktionsprozess, der sich als die herrschenden Eigentumsverhältnisse ausdrücken kann. Unter den Produktivkräften können die Produktionsfaktoren als die Fähigkeitspotentiale der Menschen verstanden werden, d.h. ihre persönlichen Anlagen, ihr Wissen, ihre Arbeitserfahrungen und ihre Arbeitsmittel.<sup>22</sup> Ein Zustand, in dem die Entwicklungsstufe der Produktivkräfte höher als die der Produktionsverhältnisse ist, bewirkt einen sozialen Klassenkampf zwischen der herrschenden Klasse und den fortgeschrittenen Produktivkräften. Dieser Prozess, als das Gesetz der Übereinstimmung der beiden, setzt sich solange fort, bis die bestehenden Produktionsverhältnisse im Sinne der Produktivkräfte verändert

---

<sup>19</sup> Eucken, W.(1952);Hayek, F. A. Von (1969).

<sup>20</sup> Vgl. Spiridon Paraskewopoulos (1991), S. 5-8.

<sup>21</sup> Marx, K. (1867), S. 15.

<sup>22</sup> Vgl. Spiridon Paraskewopoulos (1991), S. 9-10.

worden sind. Dieser sich immer wiederholende Transformationsprozess führt durch die dialektische Wechselwirkung stets zu höheren oder effizienteren Ordnungsformationen, die sich als eine zwangsläufige Entwicklung des gesellschaftlichen Prozesses ausdrückt. Diese Entwicklung ist wiederum das Resultat des Kampfes zwischen den jeweils etablierten Klassen des Überbaus, die von den Produktionsverhältnissen bestimmt wird und den Produktivkräften, die sich von den sie fesselnden Produktionsverhältnissen befreien wollen. Als Ursache für den fortdauernden dialektischen Prozess, der ständig zu Transformationen führt, ist die Nichtübereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte anzusehen. In diesem Aspekt bestimmt die Eigentumsordnung die Struktur der Produktionsverhältnisse. Marx entwickelte diese Transformationstheorie, in der sich der dialektische Prozess als ein allgemeingültiges Prinzip der Bewegung und der Veränderung in der objektiven Welt auf einer Ex-Post-Darstellung der gesellschaftlichen Entwicklung bezieht. Er versucht durch eine prozesstheoretischen Betrachtungsweise, das kapitalistische System notwendigerweise zu zerstören und in ein sozialistisches zu überführen. Seine prozesstheoretische Betrachtung endet mit der Beweisführung der endgültigen Auflösung des Kapitalismus. Aufgrund der Interdependenz von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsgeschehen erfordert aber die Vollverständigung seiner Transformationstheorie eine Integration institutioneller und prozessualer Betrachtungsweisen, die für das Entstehen einer Transformationstheorie notwendig sind, um den Aufbau und die Funktionsweise eines sozialistischen Wirtschaftssystems zu erklären. In Bezug auf die Transformationsländer könnte die marxistische Transformationstheorie für die Erklärung der heutigen Ereignisse nur anwendbar sein und herangezogen werden, wenn man sagen könnte, dass die überholten Produktionsverhältnisse und der politische Überbau der sozialistischen Gesellschaften dem historischen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte nicht entsprachen. Dies bewirkt den sozialen und politischen Konflikt zwischen der herrschenden Partei und den entwickelten Produktivkräften. Die erstere versucht die bisherigen Produktionsverhältnisse und ihre Machtposition zu verteidigen und die letztere die Veränderung anzustreben und durchzusetzen.

Zum zweiten zielt die ordoliberalen Theorie von Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftssystemen darauf ab, zu überprüfen, ob die Ökonomie letztlich die effiziente Ordnungsstruktur in jeder realisierten Gesellschaft durchsetzen kann oder nicht.

Die Theoretiker dieser Konzeption gehen allerdings nicht davon aus, dass sich der wirtschaftsordnungsrelevante Rahmen, der die Entstehung und Entwicklung effizienter Wirtschaftssystemen ermöglicht, spontan und quasi unbeabsichtigt durchsetzen wird, sondern dass



sie den wirtschaftsordnungsrelevanten Rahmen für das Ergebnis gewollter wirtschaftspolitischer Entscheidungen halten.<sup>23</sup> Die Entscheidung, die bereits getroffen wurde, reflektiert zum einen die theoretischen Gedanken und zum anderen die Interpretation jeden Entscheidungsträgers der theoretischen Implikation und der tatsächlich historisch abgelaufenen Prozesse.

Die theoretische Analyse der ordoliberalen Theorie in Bezug auf ihre Funktionsweise konzentriert sich hauptsächlich auf die wirtschaftliche Effizienz, wodurch die ordoliberale Theorie das System nach ihren Funktionen und ihren Ergebnissen vergleichen kann.

Bei diesem Vergleich oder dieser Untersuchung läuft diese Analyse nicht nur auf die Beschaffenheit und Effizienz der realisierten Wirtschaftssysteme hinaus, sondern auch auf ihre Stabilität und damit über ihre Entwicklungsfähigkeit bzw. Veränderungsanfälligkeit.<sup>24</sup>

In diesem Zusammenhang kann schlussgefolgert werden, dass die Durchführung der Transformation innerhalb der ordoliberalen Theorie nicht lediglich die Folge ökonomischer, sondern auch politischer Entscheidungen ist. Daher erfordert diese Theorie die Interdependenz zwischen den Ordnungen : Staatsverfassung, Wirtschaftsverfassung und Gesellschaftsordnung.

Zum dritten handelt es sich um die Institutionsökonomie, die sehr eng mit der ordoliberalen Theorie verknüpft ist und sich mit dem Ansatz der „*Property Rights*“ und der Theorie des institutionellen Wandels beschäftigt. Bei der Behandlung der Institutionsökonomie werden die Normen und Institutionen nicht nur in Bezug auf ihre Entstehung und Rechtskonstruktion, sondern auch aufgrund ihrer verhaltensprägenden Wirkungen auf wirtschaftlichem Bereich analysiert. Unter dem „*Property Rights-Ansatz*“ und der Theorie des institutionellen Wandels wurde die Bedeutung und der Einfluss rechtlicher und institutioneller Regelungen für die Entstehung und Entwicklung wirtschaftlicher Ordnungsformen besonders hervorgehoben.

In der Institutionsökonomie sind Märkte historisch als Institutionen entstanden, die anderen Mechanismen für Koordination überlegen waren. Der von „*Property Rights-Theorie*“ basierende ökonomische Ansatz des institutionellen Wandels hat wichtige Wirkungszusammenhänge in sich vereint, die sich sowohl auf die Entstehung als auf die Entwicklung und die Umwandlung von Wirtschaftssystemen beziehen. Durch die Detailanalyse des institutionellen Rahmens wird die Stärke und zugleich die Schwäche des konstitutiven Ordnungsrahmens der jeweiligen Wirtschaftsordnungen sichtbar. Es werden die rationellen Möglichkeiten für Veränderungen implizit und explizit angesprochen.<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> Vgl. Eucken, W (1952).

<sup>24</sup> Vgl. Spiridon Paraskewopoulos, S. 18-19.

<sup>25</sup> Vgl. Ebd., S. 20.

Mit der Institutionsökonomie wird versucht, im Kapitel II zu darzustellen, weshalb die sozialistische Planwirtschaft untergegangen ist beziehungsweise was die eigentliche Ursache dafür war.

Schließlich beabsichtigt eine evolutiv-ökonomische Theorie zu erklären, wie die Transformationen von Wirtschaftssystemen entstehen und welche Faktoren die Neuerung beeinflusst. Bei dieser Theorie handelt es sich um die endogene Aufklärung zur Entstehung neuer Situationen und Möglichkeiten und sie gibt Antwort auf die Fragen, wieso und wie, wann eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten durch die Individuen zustande kommt und welche Abläufe dies nach sich zieht. Würde die evolutiv-ökonomische Ökonomik dies leisten, könnte sie nicht nur die Funktionsweise und die qualitative Umwandlung von Ordnungsformen (Institutionen) innerhalb eines bestehenden Wirtschaftssystems konkretisieren, sondern auch die Transformation bestehender Koordinationsmechanismen erklären.<sup>26</sup>

Aber die bisherigen evolutiv-ökonomischen Ökonomien haben hauptsächlich die Neuerungen betont, die zustande kamen und sich ausbreiten. Sie haben sich auf die traditionell ökonomische Prozessebene konzentriert, um die ökonomischen Entwicklungsprozesse zu erklären, z.B. die Regelmäßigkeit des ökonomischen Verhaltens auf den Märkten, der betrieblichen Organisation oder der gesamten Volkswirtschaft zu finden. Sie gilt daher insoweit für keine reine Transformationstheorie von Wirtschaftssystemen.

Dementsprechend erfordert die evolutiv-ökonomische Theorie für die Umgestaltungsprozesse es, nicht nur den wirtschaftlichen Wandel mit Hilfe der ökonomischen Theorie zu bestimmen, sondern auch die historischen Ausgangssituationen der jeweiligen Länder und die sozioökonomischen oder gesellschaftlichen Aspekte ergänzend zu berücksichtigen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die oben dargestellten Theorien der Transformationsprozesse in ökonomischen, nicht aber in gesellschaftspolitischen Aspekten erklärt haben. In Wirklichkeit findet der Transformations- oder Umgestaltungsprozess in den Ländern Mittel- und Osteuropas nicht nur im Bereich der Ökonomie, sondern auch in allen Teilen des gesellschaftlichen Lebens statt. Das heißt wiederum, dass sowohl das gesamtwirtschaftliche Leben und seine Gestaltungsmöglichkeit als die gesellschaftspolitische Ebene nicht allein durch die ökonomischen Transformationsansätze erklärbar sind.

---

<sup>26</sup> Vgl. Spiridon Paraskewopoulos, S. 20-21.

In der Tat existiert die Komplexität, die allgemeine Theorie der gesellschaftlichen Phänomene herauszufinden. In diesem Zusammenhang haben nach Popper<sup>27</sup> die gesellschaftlichen Theorien zwei Komplexität : Sie ergibt sich erstens aus der Unmöglichkeit des künstlichen Isolierens gesellschaftlicher Ereignisse und zweitens aus der Tatsache, dass das soziale Leben eine Naturerscheinung ist, welche das physische Leben von Individuen voraussetzt, also Psychologie, die ihrerseits die Biologie, welche wiederum die Chemie und Physik voraussetzt. Die Tatsache, dass die Gesellschaftswissenschaften in dieser Hierarchie der Wissenschaft an letzter Stelle stehen, zeigt deutlich die riesige Komplexität der Faktoren, die das soziale Leben bestimmen.

---

<sup>27</sup> Popper, K. R. (1965), S. 10.